



Reden

15.06.2010

Thema: Aussprache zum SPD-Antrag „Mehr Demokratie wagen!“

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, wertete Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant, dass die Kolleginnen und Kollegen von der SPD einen Antrag mit dem Titel "Mehr Demokratie wagen" stellen und damit eine Lanze für die direkte Demokratie brechen wollen. Dies, meine Damen und Herren, ehrt uns, da wir Freien Wähler die Befürworter der direkten Demokratie sind und diese in den Kommunen schon seit Jahrzehnten aktiv leben. Interessant ist, dass dieser Antrag mit einem Satz aus der Regierungserklärung von Willy Brandt aus dem Jahr 1969 überschrieben wird. Herr Schindler, Sie haben eindrucksvoll dargelegt. Seit 41 Jahren wabert die Absicht durch die Parlamente, dass man vermehrt Demokratie wagen will. Meine Damen und Herren, es geht aber nicht darum, mehr Demokratie zu wagen, denn Demokratie ist grundsätzlich nichts Bedrohliches, es sei denn, man stellt wie wir in der letzten Woche den Antrag, den Bundespräsidenten direkt zu wählen. Hier scheint man eine gewisse Bedrohung zu spüren. Heute, im dritten Jahrtausend sind wir aber wesentlich weiter. Wir, die Bürgerinnen und Bürger, die nach einer mündigen Mitbestimmung streben, wollen Demokratie nicht nur wagen, sondern wir wollen sie aktiv leben. Wir wollen die Demokratie gestalten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den Freien Wählern) Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht mehr willens, es bei Parteien- und Politikverdrossenheit zu belassen, sondern sie wollen mitreden und mitentscheiden. Ziviles Engagement und Plebiszite aber sind aktive politische Einmischung. Die Wahlbeteiligung geht in den Bundesländern zwar zurück; man sagt, das sei ein Zeichen von Politikverdrossenheit, doch das ist mitnichten der Fall. Es zeigt sich nämlich, dass die Zahlen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den letzten Jahrzehnten sprunghaft anstiegen. Fast in jeder Kommune wird ein Bürgerentscheid durchgeführt. Die Menschen wollen aktiv mitgestalten und mitentscheiden, und dazu ist die direkte Demokratie das Medium. Sie ist das Medium, das wir heute brauchen, das Medium das gefordert ist. Wir haben es vorhin wieder gehört: Gegen die direkte Demokratie werden stereotype Argumente ins Feld geführt. Das eine besagt, man befürchte, in das Volk komme einen unberechenbare Dynamik hinein, die man nicht mehr steuern könnte. Argumentiert wird auch, die direkte Demokratie sei mit den Strukturen der parlamentarischen Demokratie nicht vereinbar. Meine Damen und Herren, die direkte Demokratie soll die parlamentarische Demokratie nicht abschaffen, sondern ergänzen. Sie soll eine Mitgestaltungsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Im Gegenzug dazu schafft eine direkte Demokratie, eine Volksbeteiligung bei den Gesetzen, einen großangelegten Diskussionsprozess in der Bevölkerung. Die Bevölkerung kann sich also selbst damit auseinandersetzen

setzen und damit letzten Endes ein Gesetz wesentlich besser mittragen, weil sie es selbst mit entschieden und auf den Weg gebracht hat. Meine Damen und Herren, das kommt dem Ideal der Volkssouveränität immer näher, denn wir führen Sie damit aus einem demokratietheoretischen Bereich, aus einer Fiktion heraus in eine Praxisrelevanz, damit die Menschen endlich mitentscheiden können. Schließlich ist eine direkte Demokratie auch ein probates Mittel gegen Machtmissbrauch und Korruption. Die Menschen können nämlich aktiv und zeitnah mitgestalten und müssen nicht erst auf die nächsten Wahlen warten, was zwangsläufig zu einer gewissen Frustration führt. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die direkte Demokratie nicht nur wagen, lassen Sie uns die direkte Demokratie wirklich praktizieren. Abraham Lincoln hat die Demokratie als Regierung durch das Volk und für das Volk bezeichnet. Mit einer direkten Demokratie, mit den Elementen des Bürgerentscheids und des Volksentscheids, kommen wir diesem Bild immer näher. Das Volk kann direkt für sich votieren und beschließen. Lassen Sie uns deshalb die Fesseln vom Willen des Bürgers wegnehmen, damit der Bürger sich entfalten kann. Werte Kolleginnen und Kollegen, jede Bürgerin und jeder Bürger in unserer Republik ist letzten Endes ein Politiker. Jeder Einsatz, der von der Bürgerin und vom Bürger gebracht wird, ist auch politisch. Es ist deshalb Zeit, den mündigen Bürger endlich anzuerkennen.

(Beifall bei den Freien Wählern)